

Persönliche Erklärung des Stadtverordneten und Fraktionsvorsitzenden von Pro Vernunft, Reiner Hornung, vor der Büdinger Stadtverordnetenversammlung am 10.6.2016

Vor drei Wochen äußerten sich verstärkt selbsternannte Hobby-Demokratiesachverständige in der Presse über Pro Vernunft. Ob Pfarrer, HR-Reporter oder zu den Wahlverlierern zählende Politikerin, alle denken Pro Vernunft als undemokratisch und rechtspopulistisch einordnen zu dürfen. Wo sie selbst einzuordnen sind, kann man nicht klar erkennen. Aber egal, im Zweifelsfall immer auf der richtigen Seite. Vielfach wurde gefordert, uns klar von der NPD zu distanzieren, dann wären wir wieder demokratisch und „normal“ –populistisch wie alle. Daher heute von mir folgende Persönliche Erklärung:

Ich distanziere mich ausdrücklich von der NPD ----- aber ebenso ausdrücklich distanziere ich mich von den Grünen und allen anderen etablierten Parteien. Ich gehöre einer unabhängigen Wählergruppe an, die auf kommunaler Ebene tätig ist und sich das Ziel gesetzt hat, im Interesse des Büdinger Bürgers, vernünftige Lokalpolitik zu machen.

Dies wird allerdings immer schwerer, denn im verstärkten Maße nach der letzten Kommunalwahl hat in der Büdinger Provinz die gleiche Art Politik zu machen Einzug gehalten, die im Bund schon seit längerem um sich greift. Sachthemen werden nicht mehr sachorientiert erörtert, sondern es wird versucht, eine vermeintliche Opposition schon im Vorfeld ins Abseits zu manövrieren. Hierzu bedient man sich im übertragenen Sinne der gleichen Methode, die schon in der ehemaligen DDR Walter Ulbricht angewandt hat. Das SED Regime hat mit dem Bau der Mauer nach eigener Redensart einen „Antifaschistischen Schutzwall“ errichtet. In Wirklichkeit diente diese Sperranlage allerdings nicht dem Schutz der DDR-Bürger vor westlichen Agitatoren, sondern vor dem Exodus der DDR durch die Abwanderung der Bürger wegen der verfehlten Politik der regierenden politischen Kaste. Die gleiche Methode, nur auf eine noch infamere Art, wird in unserem Staat praktiziert. Der moderne „Antifaschistische Schutzwall“ wurde nämlich in den Köpfen der Bürger errichtet. Den Grenzschutz organisiert aber nicht, wie in der ex DDR die Regierung alleine, sondern in unserer Gemeinschaft kann sich leicht jeder zum Grenzschützer mit selbst erteiltem Schießbefehl erklären. Geschossen wird mit Worten wie Nazi, Antidemokrat, Rechtspopulist oder Rassist. Als Waffe dienen die Medien. Das Ziel ist jeder, der den politisch aber auch gesellschaftlich Etablierten durch das Infrage stellen deren Handelns gefährlich werden könnte.

Lassen sie uns nicht den Fehler des DDR-Regimes wiederholen und diesen falschen Weg bis zum Zusammenbruch weitergehen, sondern reißen sie diese uns trennende Mauer nieder. Seien sie allen gegenüber tolerant und vielfältig, auch wenn ihnen nicht aller Meinung passt.